ULRICH VON ALEMANN und ANNIKA LAUX

Parteimitglieder in Deutschland. Die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009

Das Institut: PRuF

Das Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht, 1991 aus dem Forschungsprojekt „Das Parteienrecht der EG-Staaten“ (Beginn: 1985) hervorgegangen, wurde insbesondere durch seine führende Rolle bei der Aufarbeitung und Aufklärung der verschiedenen Parteienfinanzierungsskandale national und international bekannt. Zunächst unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Dimitris Th. Tsatsos, seit 1997 unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Martin Morlok, an der FernUniversität in Hagen angesiedelt, hat das Institut im Zuge der Umstrukturierung der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft seinen neuen Sitz an der Heinrich-Heine-Universität in der Landeshauptstadt Düsseldorf gefunden. Hier konnte das Aufgabenspektrum des Instituts durch die neue Kooperation mit der politikwissenschaftlichen Parteienforschung erweitert werden. Dem Rechnung tragend hat das Institut eine Namensänderung erfahren und firmiert nunmehr als Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF) als interdisziplinäre Einrichtung der Juristischen und Philosophischen Fakultäten der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Im Rahmen dieser Erweiterung ist Univ.-Prof. Dr. Ulrich von Alemann, Inhaber des Lehrstuhls für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland, als stellvertretender Direktor in die Institutsleitung eingerückt. Durch das Kuratorium wird die fruchtbare Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Praxis gewährleistet.

Das Institut verfolgt seit langem die Entstehung und Entwicklung politischer Parteien auf europäischer Ebene. So haben Institutsmitglieder Professor Tsatsos' Initiative für ein Statut für politische Parteien auf europäischer Ebene wissenschaftlich begleitet, das seit 2004 geltendes EU-Recht ist. Nicht zuletzt gibt das Institut mit seinen wissenschaftlichen Symposien und der eigenen Zeitschrift *Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung* (MIP) einer interessierten Öffentlichkeit Gelegenheit zur Debatte und Diskussion aktueller Themen aus seinem Forschungsspektrum.

Die Grundlagenforschung über Parteienrecht und sozialwissenschaftliche Parteienprobleme ist die eigentliche wissenschaftliche Basis der Tätigkeit des PRuF. Sie legt das Fundament für das weitere Aufgabenspektrum: die angewandte Forschung, die Lehre und die Öffentlichkeitsarbeit. In rechtswissenschaftlicher Hinsicht ist die erste Aufgabe des Instituts, den Ausbau dogmatischer Strukturen im Parteienrecht voranzutreiben, die eine Vernetzung zwischen einzelnen Teilen des Parteirechts bewirken, damit das juristische System eine Autonomie gegenüber externen Steuerungsversuchen gewinnt. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive steht im Zentrum der Grundlagenforschung die Frage nach Sinn und Nutzen von Parteien. Neben dieser Grundlagenforschung betreibt das Institut angewandte Forschung, zum Beispiel den ersten Kommentar zum Parteienrecht, leistet

Beratung bei parteirechtlichen Problemen aus der Praxis und nimmt gegenüber der Öffentlichkeit eine Informations- und Aufklärungsfunktion ein.

Im Folgenden soll nun mit der Parteimitgliederstudie 2009 ein aktuelles Forschungsprojekt aus dem politikwissenschaftlichen Bereich des PRuF vorgestellt werden.

Das Problem: Mitgliederschwund

Seit Anfang der 1980er Jahre sind die Parteimitgliederzahlen in Deutschland, sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zur wahlberechtigten Bevölkerung, rückläufig. Noch 1983 konnten die im Bundestag vertretenen Parteien zusammen 1,94 Millionen Mitglieder verzeichnen, Ende 2006 waren es weniger als 1,5 Millionen.¹ Der Anteil an den Wahlberechtigten ist von 4,4 Prozent Anfang der 80er Jahre auf 2,6 Prozent im Jahr 2003 gefallen.² Dieser Mitgliederschwund ist jedoch nicht allein auf Deutschland beschränkt, vielmehr zeichnet er sich in beinahe allen westeuropäischen Ländern ab.³

Die Parteien, in ihrer althergebrachten Form als Mitgliederparteien, befinden sich damit in einer ernst zu nehmenden Krise, die sich in drei zentralen Bereichen manifestiert: Die Parteien leiden unter einer Rekrutierungsschwäche, weil die Neueintritte in die Parteien die Austritte nicht kompensieren können. Hinzu tritt eine Nachwuchskrise, da es den Parteien insbesondere nicht gelingt, junge Menschen zu werben. Damit eng verzahnt kommt es zu einer Überalterung der Parteien.

Unabhängig davon, ob man soweit gehen möchte, diese Entwicklung der Parteimitgliedschaft für ein Anzeichen des baldigen Niedergangs der Mitgliederparteien zu halten, deutet sich doch in jedem Fall eine langfristige Krise für die Parteien als Organisationen in ihrer bisherigen Form an. Dies wirft die Frage auf, warum es den Parteien nicht mehr gelingt, Mitglieder zu gewinnen und langfristig an sich zu binden.

In modernen Demokratien ist das Engagement in Parteien nur noch eine unter vielen politischen Partizipationsmöglichkeiten. Neben weiteren konventionellen Partizipationsformen, wie der Teilnahme an Wahlen, bieten beispielsweise Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen oder auch Demonstrationen und Boykotte den Bürgern vielfältige unkonventionelle Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen. Im Gegensatz zu einer Parteimitgliedschaft, die ein dauerhaftes und organisationsgebundenes Engagement erfordert, sind insbesondere die unkonventionellen Partizipationsformen zeitlich flexibler handhabbar, lassen auch ein rein punktuelles beziehungsweise einmaliges Engagement zu und passen sich daher nicht zuletzt den individueller und oft komplexer gewordenen Lebensläufen der Bürger an.

Ebenso muss in Betracht gezogen werden, dass der Mitgliederschwund letztlich auf ein nachlassendes Interesse der Parteien selbst an ihren Mitgliedern zurückzuführen ist. Für die Parteien als Organisationen ist es beispielsweise weniger entscheidend, wie viele Mitglieder sie insgesamt haben, sondern wie viele ihrer Mitglieder sich auch tatsächlich aktiv an der Parteiarbeit beteiligen. Trotz der rückläufigen Mitgliederzahlen in Deutschland scheint zumindest ein harter Kern von Aktiven bislang relativ stabil geblieben zu sein. Darüber hinaus argumentieren viele Autoren, der Mitgliederschwund korreliere mit

¹ Vgl. Niedermayer (2007: 370).

² Vgl. Wiesendahl (2006: 44).

³ Vgl. von Alemann und Spier (2008: 32).

einem Wandel der Parteien hin zu einem Typus, der mit einem relativen oder gar totalen Bedeutungsverlust der Mitglieder einhergehe.⁴ *Catch-all-parties*, professionalisierte Wählerparteien oder Kartellparteien wären in der Tat nicht länger auf eine breite Mitgliederbasis angewiesen.

Doch sprechen die anhaltenden Versuche der Parteien, sich gegen den Mitgliederschwund zur Wehr zu setzen, nicht für ein in diesem Sinne verändertes Selbstverständnis. Vielmehr streben die Parteien nach wie vor danach, ihren Status als Mitgliederparteien nicht zu verlieren. Auch zeigt gerade die neuere Forschung in ihrer Bewertung der Parteimitglieder einen gegenläufigen Trend. So werden Parteimitglieder wieder als wichtige Stützen des lokalen Wahlkampfes wahrgenommen oder fungieren als Multiplikatoren und Botschafter, ohne dass professionelle Strukturen und massenmediale Vermittlung dies ersetzen könnten.⁵

Demnach blicken wir auf ein problematisches Szenario: Parteimitglieder werden von den Parteien gebraucht und gewollt, sie stehen aber offenkundig nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung. Ob und gegebenenfalls wie die Parteien diesem Mitgliederschwund entgegenwirken können, kann aber erst geklärt werden, nachdem grundlegende Fragen zur Partizipation in politischen Parteien beantwortet sind: Was veranlasst Bürger, in Parteien einzutreten? Warum engagieren sie sich aktiv in Parteien? Kurzum: Welche positiven und negativen Anreize beeinflussen die Entscheidung eines Bürgers, Mitglied einer Partei zu werden und sich in der Partei aktiv zu beteiligen?

Mit diesen Determinanten der Partizipation in politischen Parteien beschäftigt sich die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009. Sie wird vom PRuF gemeinsam mit der Universität Hannover seit Anfang dieses Jahres durchgeführt, und zwar als Teilreplikation der Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998. Die Potsdamer Parteimitgliederstudie war die erste bundesweite Befragung einer repräsentativen Zahl von Mitgliedern aller im Bundestag vertretenen Parteien. Ziel war es, die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften sowie die Beitritts- und innerparteilichen Aktivitätsmotive näher zu erforschen.

Um diesen Einblick in das Innenleben der Parteimitgliedschaft auch in einer langfristigen Perspektive zu ermöglichen, haben die Universitäten Düsseldorf und Hannover das Projekt nun 2009 fortgesetzt und erweitert. Für die Bestandsaufnahme der Parteimitgliedschaft in Deutschland bieten die beiden Studien zusammengenommen erstmals die Möglichkeit eines Längsschnittvergleichs für alle auf Bundesebene parlamentarisch vertretenen Parteien.

Die Antwort: Die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009

Die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009 wird unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Ulrich von Alemann (Düsseldorf) und Univ.-Prof. Dr. Markus Klein (Hannover) durchgeführt. Projektmanager sind Dr. Tim Spier und Dr. Alexandra Nonnenmacher. Weitere wissenschaftliche Mitarbeiter sind Annika Laux und Katharina Rohrbach. Als wissenschaftliches Projekt wird die Parteimitgliederstudie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert.

⁴ So zum Beispiel von Beyme (2000).

⁵ Vgl. für eine Übersicht über diese Forschungsliteratur Wiesendahl (2009: 243 f.).

Sie untersucht die sozialstrukturelle, psychografische und aktivitätsbezogene Zusammensetzung der Mitgliedschaft der deutschen Parteien sowie die Motive des Parteibeitritts, der innerparteilichen Aktivität und des Parteiaustritts. Unter Rückgriff auf die Ergebnisse der Potsdamer Parteimitgliederstudie kann mit Hilfe der neu erhobenen Daten der mögliche Wandel der Parteimitgliedschaften und der Motivstrukturen über den Zeitraum eines Jahrzehnts analysiert werden. Damit legen die beiden Studien den Grundstein für eine langfristig angelegte zeitvergleichende Beobachtung der parteibezogenen Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Deutsche Parteimitgliederstudie umfasst zwei Elemente: eine postalische Parteimitgliederbefragung mit unabhängigen repräsentativen Stichproben für die Mitglieder der sechs Bundestagsparteien und eine telefonische Bevölkerungsumfrage mit je unabhängigen repräsentativen Stichproben für Parteimitglieder, ehemalige Parteimitglieder und die übrige Bevölkerung.

Das erste Element: Postalische Befragung

Die postalische Mitgliederbefragung wurde im Zeitraum vom 25. März bis 20. Mai 2009 von den Parteizentralen versandt. Sie wurde doppelt anonym durchgeführt; das heißt, das Projektteam hatte keine Kenntnis von den Adressen der Befragten, die Parteizentralen wiederum bekamen den Inhalt der Rücksendungen nicht zu Gesicht. Um diese doppelte Anonymität gewährleisten zu können, wurde die Versendung örtlich getrennt organisiert: Die Vorbereitung der Materialien erfolgte an der Universität Düsseldorf, die Etikettierung und der Versand dagegen durch die Geschäftsstellen der Parteien in Berlin beziehungsweise München. Alle Antwortschreiben gingen wiederum an die Universität Düsseldorf.

Die Befragten wurden durch eine repräsentative Zufallsstichprobe von 3.000 Mitgliedern je Partei ausgewählt, mit einer Schichtung der Stichprobe nach Ost und West (1.000 Mitglieder Ost, 2.000 Mitglieder West). Ausnahmen bildeten die CSU, für die der Ostanteil entfiel und daher nur 2.000 Mitglieder im Westen befragt wurden, sowie die Linke, für die Ost- und Westanteile umgekehrt geschichtet wurden (2.000 Mitglieder Ost, 1.000 Mitglieder West). Insgesamt umfasste die Bruttostichprobe 17.000 Befragte.

Um einen größtmöglichen Rücklauf zu erreichen, folgte der Ablauf der postalischen Befragung der so genannten *Total Design Method* nach Dillman,⁶ die fünf Kontaktversuche pro Befragtem vorsieht: Die Befragung beginnt dabei mit einem Ankündigungsschreiben der Parteigeschäftsführer, eine Woche später erhalten alle Teilnehmer den Fragebogen mit Rückumschlag, eine weitere Woche später ein kombiniertes Dankes- und Erinnerungsschreiben in Form einer Postkarte. Weitere zwei Wochen später wird anhand der Rücklaufkontrolle zum zweiten Mal ein Fragebogen mit Rückumschlag an die Teilnehmer versendet, die bislang nicht geantwortet haben; diese erhalten wieder zwei Wochen später erneut ein kombiniertes Dankes- und Erinnerungsschreiben. Die erreichten Rücklaufquoten zeigt Abbildung 1.

Im Vergleich zur Potsdamer Studie 1998 (66 Prozent) ist der Rücklauf insgesamt damit etwas geringer ausgefallen, aber mit 56,3 Prozent für vergleichbare Studien immer noch ganz ausgezeichnet. Die Verteilung auf die einzelnen Parteien ist weitgehend gleichgeblieben: Die meisten Rückläufe kamen von der Linken, dicht gefolgt von Bündnis 90/Die

⁶ Vgl. Dillman (1978).

Abb. 1: Deutsche Parteilmitgliederstudie 2009; Rücklauf bis 6. Oktober 2009

Grünen (in der Potsdamer Studie lagen die Grünen knapp vor der damaligen PDS). SPD und FDP bilden das eng zusammenliegende Mittelfeld, Schlusslicht sind die beiden Unionsparteien.

Bei den verschickten Fragebögen handelt es sich um parteiangepasste, aber inhaltsgleiche Versionen einer 24-seitigen Grundversion. Inhaltlich werden verschiedene Bereiche abgedeckt. Zunächst geht es um den Parteibeitritt, genauer gesagt um das Beitrittsdatum, -gründe und – sofern vorhanden – den konkreten Beitrittsanlass. Es folgen Form, Ausmaß und Motivation der Aktivität in der Partei. Wie bereits angedeutet, ist es für die Parteien insbesondere von Bedeutung, ob ihnen die aktiven Mitglieder abhanden kommen, denn abgesehen von ihren Beitragszahlungen leisten passive Mitglieder eben nicht den von Mitgliederparteien benötigten Beitrag zur Parteiorganisation. Es spielt daher nicht nur eine Rolle, ob und gegebenenfalls wie und warum Bürger Mitglied einer Partei werden, sondern ebenso, ob und gegebenenfalls wie und warum sie nach ihrem Beitritt auch aktiv in der Partei mitarbeiten. Beide Fragenkomplexe gehen von dem Anreizmodell (*General-Incentives-Modell*) nach Seyd und Whiteley aus.⁷

Als neues Themenfeld gegenüber der Potsdamer Studie von 1998 beschäftigt sich ein größerer Fragenblock mit Unzufriedenheit und Austrittsgedanken der Parteilmitglieder. Einige Bundesparteien, darunter Bündnis 90/Die Grünen und die SPD, haben in den vergangenen zehn Jahren für ihre Wähler und Mitglieder unliebsame Entscheidungen getroffen und an unpopulären Reformen mitgewirkt. Aber auch auf regionaler und lokaler Ebene finden bei allen Parteien konfliktträchtige inhaltliche und organisatorische Richtungsentscheidungen statt. In Anlehnung an das Modell von Hirschman⁸ werden in diesem Fragenblock verschiedene Reaktionsmöglichkeiten auf Unzufriedenheit mit der Parteilmitgliedschaft erhoben, wobei ein besonderes Augenmerk auf den Bedingungen liegt, unter denen sich ein Parteilmitglied für den Austritt entscheidet.

Die Bemühungen der Parteien aufgreifend, eine Mitgliedschaft für potenzielle beziehungsweise bereits gewonnene Mitglieder attraktiver zu machen, sollen die befragten Par-

⁷ Vgl. Seyd und Whiteley (1992).

⁸ Vgl. Hirschman (1970).

teimitglieder anschließend ausgewählte Organisationsprinzipien und Parteireformen bewerten. Um die Zustimmung zu den Parteireformen zu ermitteln, sollten die Befragten beispielsweise folgende Frage beantworten:

22 In der Vergangenheit wurden verschiedene Maßnahmen diskutiert, um die Mitgliedschaft in Parteien attraktiver zu machen. Einige sind auch schon umgesetzt worden. Wie sinnvoll finden Sie persönlich die folgenden Reformmaßnahmen?

(Bitte machen Sie in jeder Zeile ein Kreuz)

		sehr sinnvoll	eher sinnvoll	teils- teils	eher nicht sinnvoll	über- haupt nicht sinnvoll
22A	Bestimmung des/der Bundesvorsitzenden durch Mitgliederentscheid.	1 ☐	2 ☐	3 ☐	4 ☐	5 ☐
22B	Bestimmung der Kandidaten für den Bundestag durch Mitgliedervollversammlungen.	1 ☐	2 ☐	3 ☐	4 ☐	5 ☐
22C	Abstimmung über zentrale Sachfragen durch Mitgliederentscheid.	1 ☐	2 ☐	3 ☐	4 ☐	5 ☐
22D	Möglichkeit einer befristeten Gast- oder Schnuppermitgliedschaft für Nicht-Mitglieder.	1 ☐	2 ☐	3 ☐	4 ☐	5 ☐
22E	Mit der Parteimitgliedschaft verbundene Vergünstigungen und Rabatte bei Einkäufen und Dienstleistungen.	1 ☐	2 ☐	3 ☐	4 ☐	5 ☐
22F	Begrenzung der Zahl der Parteiämter von Funktionären.	1 ☐	2 ☐	3 ☐	4 ☐	5 ☐
22G	Begrenzung der Amtszeit von Funktionären.	1 ☐	2 ☐	3 ☐	4 ☐	5 ☐
22H	Einführung von Quoten für Frauen bei der Besetzung von Parteiämtern und Kandidatenlisten.	1 ☐	2 ☐	3 ☐	4 ☐	5 ☐
22I	Einführung von Quoten für jüngere Menschen bei der Besetzung von Parteiämtern und Kandidatenlisten.	1 ☐	2 ☐	3 ☐	4 ☐	5 ☐

Abb. 2: Deutsche Parteimitgliederstudie 2009; Ausschnitt aus den Fragebögen: Frage 22, Bewertung von Parteireformen

In den Folgefragen werden grundlegende politische Einstellungen sowie das Wahlverhalten ermittelt. Darüber hinaus werden die Parteimitglieder gebeten, Position zu verschiedenen politischen Themen zu beziehen sowie im Anschluss daran eine Einschätzung der Positionen ihrer jeweiligen Partei zu diesen Themen vorzunehmen.

Um die Wertorientierungen der Befragten feststellen zu können, werden den Teilnehmern weiterhin verschiedene Gesellschaftsszenarien zur Bewertung vorgelegt. Durch diese Frage wird der noch in der Potsdamer Studie verwendete Inglehart-Index ersetzt.

Zu guter Letzt werden die Teilnehmer nach Mitgliedschaften in innerparteilichen und gesellschaftlichen Gruppen sowie etwaigen früheren Parteimitgliedschaften gefragt. Den Abschluss des Fragebogens bilden wie üblich soziodemografische Informationen über die Befragten.

Nachdem die letzten Fragebögen Anfang Oktober 2009 in Düsseldorf eingegangen sind, werden sie aktuell codiert, so dass eine erste Auswertung der Daten aus der postalischen Befragung frühestens im Dezember 2009 beginnen kann. Bei Abfassung dieses Textes liegen demnach noch keine Ergebnisse vor.

Das zweite Element: Telefonische Befragung

Die im Rahmen der schriftlichen Befragung erhobenen Daten sind noch nicht hinreichend für die Beantwortung aller anvisierten Forschungsfragen. Warum Mitglieder ihre Parteien verlassen, kann letztlich nur durch eine Befragung ehemaliger Parteimitglieder untersucht werden. Auch die Determinanten des Parteibeitritts können nur dann angemessen analysiert werden, wenn Daten über Mitglieder und Nichtmitglieder vorliegen, auf deren Grundlage ein Erklärungsmodell der Parteimitgliedschaft statistisch überhaupt erst geschätzt werden kann. Daher umfasst die Deutsche Parteimitgliederstudie zusätzlich eine begleitende telefonische Bevölkerungsbefragung, um Vergleichsdaten zu liefern.

Diese untersucht mit unabhängigen Stichproben die parteipolitisch Unerfahrenen (Bevölkerung ab 18 Jahren ohne aktuelle oder frühere Parteimitgliedschaft), die aktuellen Parteimitglieder (Bevölkerung ab 18 Jahren mit derzeitiger Mitgliedschaft in einer Partei) und die ehemaligen Parteimitglieder (Bevölkerung ab 18 Jahren mit einer zurückliegenden Mitgliedschaft in einer Partei). Durch die gewichtete Zusammenfassung der drei Stichproben ergibt sich damit ein repräsentatives Bild der Bevölkerung ab 18 Jahren. Die telefonische Befragung wurde im Auftrag des Forschungsteams von Infratest dimap durchgeführt basierend auf dem TNS Infratest-Telefon-Master-Sample (ITMS). Die Adressen der aktuellen und ehemaligen Parteimitglieder wurden in einem Screening-Verfahren im Rahmen einer Omnibusbefragung ermittelt. Zwischen dem 14. April und dem 30. Mai 2009 konnten insgesamt 827 parteipolitisch Unerfahrene, 800 aktuelle Parteimitglieder sowie 800 ehemalige Parteimitglieder befragt werden. Bei der Befragung handelte es sich um computergestützte Telefoninterviews (CATI).

Inhaltlich wurden in der Telefonbefragung folgende Themenbereiche behandelt: allgemeine politische Partizipationsformen, politische Einstellungen und Wertorientierungen der Befragten, Einstellungen gegenüber und Vertrauen in politische Institutionen, Parteineigung, Sympathie gegenüber Parteien, aktuelle und ehemalige Parteimitgliedschaft, Eintrittsbereitschaft in Parteien, Wahlverhalten sowie erweiterte soziodemografische Informationen.

Die Daten aus der telefonischen Befragung sind bereits weitgehend erfasst und werden aktuell ausgewertet. Erste Veröffentlichungen von Ergebnissen der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 sind im Sommer 2010 geplant.

Literatur

- ALEMANN, Ulrich VON und Tim SPIER (2008). „Parteimitglieder nach dem ‚Ende der Mitgliederpartei‘. Ein Überblick über Forschungsergebnisse für Westeuropa seit 1990“, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 37, 29–44.
- BEYME, Klaus VON (2000). *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Wiesbaden.
- DILLMAN, Don A. (1978). *Mail and telephone surveys: The Total Design Method*. New York.
- HIRSCHMAN, Albert O. (1970). *Exit, Voice, and Loyalty. Responses to decline in firms, organizations, and states*. Cambridge, MA.
- NIEDERMAYER, Oskar (2007). „Parteimitgliedschaften im Jahre 2006“, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38(2), 368–375.
- SEYD, Patrick und Paul WHITELEY (1992). *Labour's Grassroots. The Politics of Party Membership*. Oxford.

- WIESENDAHL, Elmar (2006). *Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion*. Wiesbaden.
- WIESENDAHL, Elmar (2009). „Zwischen Wende und Ende – zur Zukunft der Mitgliederparteien“, in: Fabian SCHATZ *et al.* (Hrsg.). *Neuanfang statt Niedergang – Die Zukunft der Mitgliederparteien*. Berlin und Münster, 233–258.